



Band 7. Deutschland unter der Herrschaft des Nationalsozialismus 1933-1945
Aus einer Niederschrift der Besprechung des Arbeitskreises der Wirtschaftsgruppe Eisen
schaffende Industrie mit Hermann Göring über eine Steigerung der Eisenproduktion
(17. März 1937)

Während die deutschen Kriegsvorbereitungen der dreißiger Jahre den meisten Wirtschaftszweigen Aufschwung verliehen, profitierte insbesondere die Schwerindustrie vom Aufrüstungsprogramm. Trotzdem waren Konflikte unvermeidbar, da die staatlich angestrebte Autarkie oft mit unrationellen Mitteln entgegen jeglichen Regeln der Wirtschaftlichkeit erzwungen werden sollte. So verlangte Göring, der Bevollmächtigte für den Vierjahresplan, auf der folgenden Besprechung mit hohen Vertretern der deutschen Eisenindustrie am 17. März 1937 die allgemeine Erweiterung ihrer Produktionskapazitäten zur Steigerung der Ausbeutung einheimischer eisenarmer Erze. Auf die ablehnende Haltung der Ruhrindustriellen reagierte er schließlich mit der Gründung der „Reichswerke Hermann Göring“, die mit den Ruhrkonzernen in Konkurrenz traten.

[. . .] Es sei eine Aufgabe, wie wenn man eine Rüstungsfirma, die nach dem Stand normaler Lieferungen die Ausnutzung der Kapazität der Fabrik nur bis zu einer bestimmten Grenze bringe, trotzdem zum Ausbau veranlasse, obwohl kein wirtschaftliches Ergebnis zu erwarten wäre. Aber trotzdem müsse dies geschehen. Er lasse absichtlich die Frage beiseite, inwieweit die Eisenindustriellen es selbst machen könnten und inwieweit ihnen geholfen werden müsse. Handele es sich um lebenswichtige Werke, bei denen der Staat nicht soviel verlangen könne, daß die Firmen zugrunde gerichtet werden würden, so müsse der Staat helfen, da diese Maßnahmen unter allen Umständen vorbereitet werden müßten. Das sei nicht anders bei der Erzeugung von Sprengstoffen oder Kanonen, wo man ebensowenig nach der Wirtschaftlichkeit fragen könne. Derselbe Standpunkt gelte hinsichtlich der eisenarmen Erze. Denn es müßten Vorkehrungen dagegen getroffen werden, daß im Falle der Abschließung Deutschlands von der ausländischen Erzzufuhr das Programm der Verteidigung nicht voll und ganz durchgeführt werden könne. Das habe natürlich nichts damit zu tun, daß der Bezug reicher Erze aus dem Ausland eingestellt werden könnte, sondern es müßten große Reserven geschaffen werden, damit Deutschland auf eigenen Füßen stehen könne. „Namens des Führers, der mich ausdrücklich beauftragt hat, zu erklären, daß er nicht von diesem Wege abweichen will, erkläre ich Ihnen als meinen Standpunkt, es muß möglich sein, aus dem deutschen Boden die Erze soweit zu fördern, als sie für den eigentlichen Kriegsbedarf notwendig sind.“ Und wenn das Dreifache an Hochöfen notwendig werden würde, dann müßte das Dreifache gebaut werden. Aber es dürfe nicht aus Mangel an Erzen das Programm der Munitionsbeschaffung und der Bewaffnung im Kriegsfall gefährdet werden. Hier müsse von seiten der Firmen alles Erreichbare

geschehen und der Staat müsse eintreten, wo die Firmen nachweislich nicht mehr dazu in der Lage seien. Es sei für den Staat dieselbe Aufgabe, wie wenn er Schlachtschiffe und Kanonen u. dgl. bauen müsse.

In dieser Beziehung sei wichtig, daß der Boden Österreichs im Kriege zu Deutschland rechne. Was in Österreich an Vorkommen erworben werden könne, das müsse geschehen zur Erhöhung unserer Versorgungskapazität. Österreich sei erzeich.

Quelle: Bundesarchiv Koblenz R 131/1063; abgedruckt in Wolfgang Ruge und Wolfgang Schumann, Hg., *Dokumente zur deutschen Geschichte 1936-1939*. Band X. Berlin, 1977, S. 46-47.